

# Stuttgart: Demonstration gegen den völkermörderischen Krieg in Gaza – Die Polizei geht äußerst aggressiv vor

Weit mehr als 17.000 Tote, davon mehr als 7000 Kinder, mehr als 70 % zerstörte oder beschädigte Wohnungen im Gazastreifen, ein UN-Generalsekretär, der den völligen Zusammenbruch des Versorgungssystems im Gazastreifen fürchtet und den UN-Sicherheitsrat anruft, die israelische Kriegsführung im Gazastreifen hat international Hunderttausende in Protesten auf die Straße gebracht, auch Gewerkschaften haben sich weltweit mit Blockade-Aktionen von Waffenlieferungen oder Resolutionen angeschlossen.

Am vergangenen Freitag, 8. Dezember, 2023 hatten wir vom Palästinakomitee Stuttgart gemeinsam mit zahlreichen weiteren Organisationen zu unserer 4. Demonstration gegen den Krieg in Gaza aufgerufen, „Stoppt die Waffenlieferungen für den Genozid“, war die 2. wichtige Forderung. Doch der Protest traf auf massiven Widerstand der Polizei und Schikanen. Die Polizei blockierte die Demonstration, verbot den genehmigten Zug durch die Innenstadt, und wir mussten uns auf eine Kundgebung in der Lautenschlagerstraße, Nähe Palast der Republik, beschränken.

„Mehrere Auflagenverstöße und Straftaten, „ignorierte“ Aufforderungen zu „Ordnungsdurchsagen“, von Ordnern, „bedrängte“ Polizisten, von 5 Teilnehmern wurden Personalien aufgenommen, wobei die Polizei ohne Notwendigkeit Gewalt anwandten, 14 eingeleitete Strafverfahren, voraussichtlich mehrere Anzeigen gegen die Demonstrationsleitung – es ist eine mächtige Bilanz für eine Demonstration mit 200 Teilnehmern, die auch die Polizei in ihrer Pressemitteilung vom 8.12.2023 zieht. Bei uns hinterlässt diese Darstellung genauso wie das Vorgehen der Polizei auf der Demonstration gegen den Krieg in Gaza am 8. Dezember 2023 im Stuttgarter Zentrum den Eindruck eines Einschüchterungsversuches.

Wir wissen nicht, welche Auflagenverstöße die Polizei als Begründung anführt für die plötzliche Unterbrechung der Kundgebung im ersten Redebeitrag. Das haben wir bisher von keinem der „Ordnungshüter“ erfahren. Klar ist, wir hatten die Teilnehmer der Demonstration zuvor über die Auflagen informiert, in zusammengefasster verständlicher Form. Die Auflagen sind auf mehr als 10 Seiten festgehalten, es ist unmöglich und auch nicht sinnvoll, sie in dieser Form vor Ort zu verlesen. Nirgendwo waren verbotene Zeichen oder Inhalte zu sehen. Und wir haben schließlich die vom Antikonflikt-Team übergebene Seite des langen in Bürokratiedeutsch verfassten Texts der Polizeibehörde über die Auflagen verlesen.

In dieser Situation sind die Polizeibeamten auch nicht angegangen, bedrängt oder beleidigt worden. Trotzdem verhinderte die Polizei die Demonstration. Auf der Kundgebung, für die wir uns unter diesen Umständen entschlossen, griff die Polizei immer wieder in aggressiver Weise ein. Die Polizisten holten, völlig ohne Vorwarnung, unter massivem Körpereinsatz drei Teilnehmer der Kundgebung heraus. Später stürmte ein Polizistentrupp unvermittelt und ohne Anlass den Kundgebungsplatz und zerriss ein Banner der Demonstranten. Dabei wurde eine ältere Person, die den Polizisten in keiner Weise im Wege stand, zu Boden gestoßen.

Deutlich sichtbar auf einem unserer oben stehenden Fotos von der Demonstration ist die Forderung nach Aufhebung des Verbotes von *Samidoun*. Es zeigt keines der Symbole der Organisation, genauso wenig wie das beschlagnahmte Banner. Das war für die Beamten vor Ort klar erkennbar. Das von der Polizei bei ihrer aggressiven Attacke mitten in der Kundgebung zerrissene Banner trägt die für Kriegsgegner und Antimilitaristen typische Darstellung einer zerbrochenen Waffe – in diesem Fall einer Rakete. Und das nach Meinung der Polizei „verunglimpfende“ Plakat zeigt die Politiker Baerbock, Habeck und Scholz mit Blut an den Händen und trägt die Aufschrift „Baerbock, Habek, Scholz & Co. sind mitverantwortlich für die ethnische Säuberung und den Genozid an den Palästinenser:innen“.

Das ist ein Vorwurf, den sich die Politiker angesichts einer beinahe Verzehnfachung der deutschen Waffenlieferungen an Israel im Jahr 2023 mit dem übergroßen Schwerpunkt auf der Zeit seit dem 7. Oktober gefallen lassen müssen. Zur Verfügung gestellt werden von der Bundesregierung an die israelische Armee bewaffnete Drohnen, Munition für die Marine und offensichtlich auch Panzermunition. In ihrer massiven Förderung des israelischen Krieges mit Waffen lässt sich die Bundesregierung nicht beirren, nicht von *Amnesty International*, die ständig mehr aktuelle israelische Kriegsverbrechen einklagbar nachweisen und dringend zu einem Stopp der Waffenlieferungen aufrufen, und auch nicht von UN-Generalsekretär Guterres, der angesichts der katastrophalen Lage in Gaza den Sicherheitsrat angerufen hatte, ein verzweifelter Schritt, der in der Geschichte der UN zuletzt im Jahr 1971 angewandt wurde.

Es ist offensichtlich, die führenden Politiker der Bundesregierung haben Blut an den Händen, mit ihrer fortlaufenden Unterstützung des israelischen Krieges gegen die Zivilbevölkerung in Gaza, der vom Verbündeten der Bundesrepublik unter massivem Bruch des internationalen Rechts geführt wird. Die Bundesregierung spricht sich auch jetzt noch gegen einen Stopp des brutalen israelischen Krieges aus. Mit ihrer scharfen Unterdrückung der Proteste gegen diesen Krieg in Deutschland beweisen diese Politiker zudem, dass sie selbst angesichts eines Genozids bereit sind, demokratische Rechte zu missachten und zu brechen.

Dabei isolieren sich die Unterstützer des Staates Israel zunehmend in der internationalen Gemeinschaft, die jüngste Abstimmung im Sicherheitsrat für einen Waffenstillstand ist dafür ein Beleg. Nur unter Einsatz ihrer Vetomacht konnten die USA die Forderung nach einem Stopp des Krieges ausbremsen, die Vereinigten Staaten waren die einzigen, die im 15-köpfigen Gremium gegen die Resolution für einen Waffenstillstand stimmten. Auch Deutschland steht mit seinem repressiven Vorgehen gegen die Proteste gegen den israelischen Krieg in Gaza international in der Kritik, bisher galt das vor allem für Berlin.

Doch jetzt beginnt auch die Stuttgarter Polizei mit Repression und Verboten, die sich mit nichts rechtfertigen lassen. Wir verurteilen die Kriminalisierungsversuche der Proteste gegen den völkermörderischen israelischen Krieg in Gaza. Dieses Vorgehen der Polizei untergräbt die Grundrechte der Meinungs- und Versammlungsfreiheit und schadet dem Ruf einer weltoffenen Stadt Stuttgart.